

# Laibacher Zeitung.

Nr. 134.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11., halbj. fl. 5.50. Für die Ausstellung ins Handel halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15., halbj. fl. 7.50.

Samstag, 13. Juni

Infektionsgebühr bis 10 Seiten: 1 mal 60 kr., 2 mal 80 kr., 3 mal 1 fl.; sonst pr. Seite im. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Infektionsstempel jedesm. 80 kr.

1868.

## Amtlicher Theil.

Der Minister des Innern hat den Bauadjuncten Wenzel Kaudelka zum Ingenieur für den Staatsdienst in Böhmen ernannt.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat über Vorschlag des betreffenden bischöflichen Ordinariates den Pfarrer in Perstetz Franz Daniel zum Religionslehrer am katholischen Gymnasium in Teschen ernannt.

Der Minister für Cultus und Unterricht hat den Gymnasiasten zu Brann Friedrich Slamecka zum wirklichen Lehrer am katholischen Gymnasium zu Teschen ernannt.

Am 11. Juni 1868 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei das XXII. Stück des Reichsgesetzes ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 53 das Gesetz vom 10. Juni 1868 über die Gebahrung und Kontrolle der gemeinsamen schwebenden Schulde; Nr. 54 das Gesetz vom 10. Juni 1868 über die Gebahrung und Kontrolle der consolidirten Staatschuld und der nicht gemeinsamen schwebenden Schulde.

(Wr. Btg. Nr. 138 vom 11. Juni.)

## Nichtamtlicher Theil.

### Die Börse und die Entscheidung in der Finanzfrage.

Wien, 10. Juni.

Es mag viele befremden, daß die Entscheidung, welche das Abgeordnetenhaus in der Finanzfrage getroffen hat, von der Börse so günstig beurtheilt wird — uns befremdet es nicht. Die steigenden Course an der Wiener Börse, eine Consequenz der Kaufordnung, die vom Auslande eintreffen, sind ein unzweideutiger Beweis, daß der Geldmarkt sich jener Partei angeschlossen hat, die nicht in dem zur Hälfte oder zum vierten Theile durchgeföhrten Bankerott, sondern nur in der Gewißheit, daß Österreich seinen Verpflichtungen, wenn auch mit den größten Opfern, nachkommen wird und muß, Garantien für die Zukunft findet.

Wer nur eine oberflächliche Kenntnis der österreichischen Finanzstände hatte, der konnte darüber nicht im Zweifel sein, daß der Staat früher oder später an das Volk werde appelliren müssen, um seinen Verbindlichkeiten nachkommen zu können. Der Reichsrath hat sich nun für eine zwanzigpercentige Besteuerung des Coupons, verbunden mit einer Umwandlung der bestehenden Staatschuld in eine fünfpercentige einheitliche Rentenschuld ausgesprochen und damit der Börse und dem Publicum Beruhigung über den einen Punkt gegeben, daß man an dem Principe, die Staatslasten nicht durch Schädigung der Staatsgläubiger allein zu vermindern, festzuhalten entschlossen sei. Die Stimmung der Börse während der Verhandlungen über die hochwichtige Frage zeigte zur Genüge, daß sie eine Finanzpolitik, wie Skene und Consorten sie befürworteten, verworlich finde. Anfangs beunruhigt, wurde die Haltung der Börse immer sicherer, je mehr die öffentliche Meinung und mit dieser auch das Abgeordnetenhaus sich von der Skene'schen Bankerottpolitik entfernten. Die Entscheidung selbst gab der Börse den Impuls zu der, wir möchten fast sagen gehobenen Stimmung, in welcher sie gegenwärtig verkehrt.

Außer den Maßregeln der Unification und der Couponsteuer, die nicht als ausreichend zu betrachten sind, das Deficit der nächsten Jahre zu decken, hat das Abgeordnetenhaus auch die von der Regierung beantragte Veräußerung der Staatsgüter und die Vermehrung der schwebenden Schulde um 25 Millionen zustimmen erledigt. Einen empfindlichen Ausfall bei der in Aussicht genommenen Vermehrung der Staateinnahmen brachte die Ablehnung der Vermögenssteuer mit sich und das Abgeordnetenhaus hat es nunmehr der Regierung anheimgestellt, sich über den Rest des Deficits hinwegzuhelfen, und zwar auf dem Wege der Besteuerung. Die brennende Frage hat damit vorläufig ihren Abschluß gefunden. Die Börse erwartet in Ruhe die weitere Entwicklung der finanziellen Maßnahmen, weil sie den vorgezeichneten Weg acceptirt hat. Eine durchgreifende Consolidirung unseres Finanzwesens muß freilich rasch in Angriff genommen werden, wenn nicht von neuem die Notwendigkeit, provisorische Zustände zu schaffen, an uns herantreten soll.

(Wr. G.-Btg.)

### Die Convertirung der Staatschuld.

Die Convertirung der österreichischen Staatschuld, die entgegen den Beschlüssen der Regierung von dem Abgeordnetenhaus als eine zwangswise angenommen wurde, dürfte im Herrenhause keinerlei Modificationen unterliegen, umsoweniger als der Finanzminister selbst erklärt, daß mit der Änderung der Ziffer, wie sie der Minorität des Ausschusses beliebt, der ursprüngliche Gedanke der freiwilligen Convertirung aufgegeben werden müsse.

Nach den angenommenen Beschlüssen erhalten die Papiere nicht nur eine Veränderung an ihren Zinsen, sondern auch an dem Capitale. Beispielsweise müssen einpercentige Metalliques, indem sie durch die 4½ percentige Bezinzung bei gleichbleibendem Capitale eine Erhöhung ihrer Zinsen erhalten würden, an ihrem Capitale eine bedeutende Berringerung erhalten, so daß sich bei den einpercentigen Metalliques die früheren 1050 fl. ö. W. nunmehr in 200 fl. ö. W. convertire. Diese einpercentigen Papiere trugen ursprünglich an Zinsen 10 fl. 50 kr. nach Abzug der siebenpercentigen Couponsteuer 9 fl. 76½ kr. Reduciren wir nun nach dem jetzt angenommenen Maßstab die Interessen, so werden statt 10 Gulden 50 kr. in Zukunft blos fl. 8.40 ausbezahlt, was bei einer 4½ perc. Verzinsung dem oben angegebenen Capitale von 200 fl. entspricht. In ähnlicher Weise geschieht die Reduction an Zinsen oder Capitalien bei den übrigen Papieren in der in dem folgenden Schema angegebenen Weise, wobei wir bemerken, daß wir unbekümmert um den Geldfuß bei dem Ab schlüsse der einzelnen Anlehen sämtliche Papiere auf österreichische Währung (45 fl. Fuß) reduciren.

Benennung des Papiers	Ursprüngl. Ursprüngl.		Nach Abzug derperc. reducirt auf ö. W.	Coupon auf ö. W.	Capital Zinsen
	Capital	Zinsen			
5perc. Metalliques	1050	52.50	48.82½	1000	42
4½perc. Metalliques	1050	47.25	43.94	900	37.80
4perc. Metalliques	10.0	42	39.01	800	33.60
3perc. Metalliques	1050	31.50	29.29½	600	25.20
2½perc. Metalliques	1050	26.25	24.41	500	21
1perc. Metalliques	1050	10.50	9.76½	200	8.40
5perc. Metalliques	1000	50	46.50	950	39.90
5perc. steuerfrei	1000	50	50	1025	43.05
5perc. National	1050	52.42	48.49	1000	42
6perc. holl. Metalliques	1050	52.69½	52.69½	1150	48.18
5perc. engl. 1852	105	51.68½	51.68½	1150	48.18
5perc. " 1859	105	51.68½	51.68½	1150	48.18
5perc. Silberauflösungen 1864	105	50.82½	50.82½	1155	45.89½
5perc. französische 1865	2625	50.78½	50.78½	1150	48.18
Nicht zu convertirende Papiere (20perc. Abzug)					
Wien-Gloggnitz	1050	52.50	48.82	1050	42
1854er Lofe	1050	42	39.06	1050	33.60
1860er Lofe	1050	50	46.50	1050	40
Steuerauflösungen	1000	50	46.50	1050	40
Domänenpfundbriefe	2625	59.22	59.22	2625	47.38

(Wr. B.-Btg.)

### 127. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 10. Juni.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister Fürst Auerstorp, Graf Taaffe, von Pleuer, Ritter v. Hasner, Graf Potocki, Dr. Herbst, Dr. Bressel, Dr. Berger.

Präsident v. Kaiserfeld eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 50 Min.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Die eingelaufenen Petitionen werden den betreffenden Ausschüssen zugewiesen.

Se. Excellenz Ministerpräsidentstellvertreter Graf Taaffe:

Am 27. v. M. wurde von dem Herrn Reichsrathsabgeordneten Alex. Schindler und Genossen eine Interpellation wegen Ausschreitung von kaiserlichen Officieren gegen den Eigentümer der in Wien erscheinenden "Sonn- und Montagszeitung" Alexander Scharf an mich gerichtet und folgende zwei Fragen an mich gestellt:

1. ob ich von dem im Eingange der Interpellation geschilderten, eben so allgemeines als gerechtes Aufsehen erregenden Vorfall fortlaufende Kenntnis habe? und

2. was ich zum Schutze der unbewaffneten Bürger gegen derartige Ausschreitungen und Rechtsverletzungen bewaffneter Officiere vorzulehren gedenke?

Ad 1 beeche ich mich zur Kenntnis des h. Hauses zu bringen, daß ich mich nicht nur in Kenntnis erhalten habe von dem Verlaufe dieser Vorfallenheiten, sondern auch fogleich, nachdem ich davon Kenntnis erhalten

habe, dahin wirkte, daß von Seite der competenten Civil- und Militärbehörde das diesfalls Gebotene in geeigneter Weise verfügt worden ist.

Ad 2 erlaube ich mir zur Kenntnis des h. Hauses zu bringen, daß ich in dieser Richtung das geeignete Benehmen mit dem Reichskriegsministerium gepflogen habe und daß mir von demselben die Versicherung gegeben worden ist, daß von Seite der Militärbehörde das Geeignete verfügt werden wird, damit solche unliebsame Vorfälle auf eine wirksame Weise hintangehalten werden.

Es wird zur Tagesordnung geschritten.

Erster Gegenstand ist der Bericht über die Regierungsvorlage betreffend ein Gesetz über einige Änderungen der auf das Concursverfahren bezüglichen Gebührenvorschriften.

Dr. Sturm verliest den Bericht.

Der Ausschuß beantragt die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage.

Das Gesetz wird ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Abg. Schlegel erstattet hierauf den Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses betreffend die Concessionserteilung für die Locomotiveisenbahn Laibach-Tarvis im Lande Krain zum Anschluß an die Kronprinz-Rudolfs-Bahn.

In der Generaldebatte ergreift

Abg. Dr. Klun das Wort, um die Bedeutung der Bahn für das Land Krain zu kennzeichnen. Während Ober-Krain seit ältesten Zeiten ein sehr gewerbefleißiges Land ist, bietet Nieder-Krain der Industrie noch einen jungfräulichen Boden. Die ungünstigen Verhältnisse, mit welchen Mittel-Krain zu kämpfen hat, das bei allem Fleize seinen Bedarf nicht decken kann, habe ein anderer Abg. aus Krain (Dr. Toman) erst jüngst geschildert. Diesem Lande soll aufgeholfen, es sollen ihm die Mittel geboten werden, wieder steuerfähig zu werden. Er gehöre nicht zu denjenigen, welche in jeder Bahn ein Stück Weltbahn seien — man habe auch bei dieser Bahn von einer Verbindung des Schwarzen Meeres und der Nordsee gesprochen, er sehe in dieser Bahn nur ein Bedürfniß, nicht nur für Krain, sondern auch für Ober-Kärnten und Tirol. Auf der Tagesordnung steht auch die Predil-Bahn, und dies veranlaßt ihn, auszusprechen, daß die Linie Laibach-Tarvis weder für die Predil-, noch für die Ponteba-Bahn eine Conurrenzlinie sei. Auch in militärischer Beziehung sei diese Bahn von Wichtigkeit. Man brauche keine Strategie zu sein, um zu erkennen, daß es nicht Vortheil sei, wenn Parallellinien an die Reichsgrenze gehen, ohne durch Querlinien verbunden zu sein.

Redner verweist noch auf die große Zahl von Petitionen, welche um die Bewilligung dieser Linie angestanden. In dieser Frage gäbe es keine Partei im Lande, da seien alle einig. (Bravo! rechts.)

Redner empfiehlt die Annahme des Gesetzes. (Bravo!)

Abg. Lohninger: Der Ausschuß hat in seinem Berichte zugegeben, daß gegenwärtig schon viele Bahnen gebaut werden und dadurch der Bahnbau überhaupt vertheutert werde. Im heurigen Jahr sind 150 Meilen bewilligt worden und 250 Meilen Eisenbahnen sind gegenwärtig im Bau begriffen. Hierdurch wird das Großcapital sehr in Anspruch genommen und die heimische Industrie ist nicht in der Lage, den Nutzen daraus zu ziehen, den sie wirklich ziehen könnte, wenn nicht dieser Massenbau auf einmal erfolgen würde.

Der Ausschuß war der Meinung, daß der Bau dieser Bahn nicht an der Zeit sei, zugleich aber erklärte er, daß der Concession dieser Bahn füglich nicht entgegengetreten werden könne. In dieser Rücksicht bedauere ich, wenn die h. Regierung diese Vorlage jetzt gebracht hat, denn es wäre besser gewesen, wenn mit dem Bau der Eisenbahnen nach einem ordentlichen Plan und System vorgegangen würde, damit die wichtigste Bahn zuerst gebaut werde. Bezuglich der Ziffer werde ich mich nur für die geringere von der Regierung beantragte entscheiden können und werde zu dem Ende in der Spezialdebatte einen Antrag stellen.

Redner bekämpft hierauf die im Ausschußberichte für die Notwendigkeit und wahrscheinliche Rentabilität dieser Bahn angeführten Gründe.

Wenn es in dem Berichte heißt, daß diese Bahn von großer Wichtigkeit sei, um den Verkehr bezüglich der Cerealiens nach Tirol zu vermitteln, so sei das wesentlich unrichtig.

Man werde das Getreide nie anders als von Kninza über Bruck oder Marburg nach Tirol führen und

nie von Sissel und Laibach nach Villach, wenn man es auf einer kürzeren Strecke führen kann.

Auch der Eisenindustrie und namentlich den Hammerwerken in Krain werde durch die Eisenbahn nicht aufgeholfen. Selbst die Bodenproduktion in Krain werde sich in Folge des Bahnbaues nicht heben.

Der Redner schließt mit den Worten: Ich will nicht einen Antrag auf Übergang zur Tagesordnung stellen, der der einzige richtige wäre, aus dem Grunde nicht, weil es den Anschein hätte, als würden wir gegen die Nationalitäten überhaupt stimmen. Ich bin also dafür, daß die Bahn gebaut werde, jedoch nicht mit zu großen Kosten, damit den Staat keine höhere Belastung treffe, als nothwendig ist. Die Regierung wird daher auch nicht mit der Concession augenblicklich hervortreten. Wenn sie länger damit wartet, werden unsere Verhältnisse solidiert sein und dann wird sich die Bahn mit geringeren Kosten herstellen lassen.

Abg. Dr. Toman: Wenn der Abg. Lohninger gesagt hat, es werde jetzt ohnedies eine Menge Bahnen gebaut, so ist das allerdings richtig. Es könnte aber unmöglich jemand, dem es um volkswirtschaftlichen Fortschritt zu thun ist, dem es darum zu thun ist, daß wir endlich mit dem Auslande concurriren können, da gegen sein, daß wir uns auch die Mittel beschaffen, um diese Concurrenz auszuhalten.

Oesterreich sei mit dem Eisenbahnbau hinter Frankreich und Belgien um 30 Jahre zurückgeblieben und könne nie hoffen, England zu erreichen. Wer für die Handelsverträge und für den Freihandel stimmt, müsse auch dafür sein, daß die Mittel geschaffen werden, um die Industrie im Inlande zu heben.

Wenn der Abg. Lohninger bedauert hat, daß die Regierung diese Bahnhvorlage gemacht hat, so müsse er der Regierung im Namen des Landes Krain den wärmsten Dank aussprechen.

Der Vorredner hat gesagt, die wichtigsten Bahnen sollen zuerst gebaut werden. Die Bahn, um die es sich jetzt handelt, ist eben eine der wichtigsten Diagonalbahnen von Nordwest nach Südost. Wenn in Oesterreich die Bahnen nach einem System gebaut worden wären, so wäre vor allem eine Bahnhlinie von Feldkirch nach Sissel gebaut worden. Die Linie Villach-Tarvis sei nur ein kurzer Theil dieser Strecke, die anderen Stücke dieser Hauptlinie seien theils schon fertig, theils im Bau begriffen oder projectirt.

Was die Rentabilität der Bahn betrifft, so wird das Getreide nicht von Kanizsa allein, sondern aus dem Banat, Croatiens, Slavonien und den unteren Donau-Gegenden nach Tirol und Süd-Deutschland geführt werden. Die Straße von Laibach nach Villach sei immer eine der größten Verkehrsverbindungen zwischen den südlichen Donau-Gegenden und dem Oriente und zwischen Tirol, der Schweiz und Deutschland gewesen. Das sei jetzt anders, seit die Bahn Marburg-Villach gebaut wurde. In Folge dessen herrscht in Krain dermalen die größte Noth, und es sei ungerecht, dieser Noth nicht abzuhelfen zu wollen.

Ich verstehe nicht, fährt Redner fort, wie man sagen kann, daß eine Bahn nicht im Stande ist, die Bodenproduktion zu heben. Wer das sagt, kann alles sagen. Nichts ist im Stande die Bodenproduktion mehr zu heben, als eben die Eisenbahnen. (So ist es!)

Darum bitte ich, gewähren Sie uns diese Bahn, damit wir steuerfähig werden und nicht nöthig haben, immer unser Leid hier vorzubringen. (Bravo! Bravo!)

Das Haus möge dem Ausschussumfrage seine Zustimmung geben, und es wird damit nicht blos für ein specielles Land, sondern für ganz Oesterreich etwas ersprießliches gehan haben.

Wenn das Abgeordnetenhaus mehr als 100 Meilen, und darunter Concurrenzbahnen bewilligt hat, so erwarte ich, daß es meinem Lande eine Bahn von 13 Meilen nicht versagen wird, eine Strecke, die überdies von so eminenter Wichtigkeit ist für die strategischen Verhältnisse Oesterreichs.

Böhmen, Mähren und Oesterreich erfreuen sich eines selbständigen Bahnhnetzes, Steiermark hat Bahnen nach Süden, Osten und Westen, ebenso Kärnten.

Nur Krain, ein für die Industrie so geeignetes Land, hat blos die Südbahn. Die Südbahn läuft in Krain zuerst durch ein enges Thal, dann über Moräste, zuletzt über den Karst.

Sie hat nichts gefunden, nichts gebracht, sie hat nur genommen. (Allgemeiner Beifall.)

Abg. Freiherr v. Beust: Meine hochgeehrten Herren: Ich werde mir erlauben, nur mit wenigen Worten, aber angelegerlich die Bahnhlinie, welche dem h. Hause zur Berathung und Bewilligung vorliegt, zu empfehlen.

Daß diese Bahnhlinie in volkswirtschaftlicher Hinsicht nicht ohne Bedeutung, daß sie für die Hebung des Wohlstandes in dem davon berührten Lande eine Nothwendigkeit ist, davon habe ich mich durch Lesen des Berichtes des Ausschusses und auch sonst vielfach überzeugt. Ich würde es aber überflüssig halten, davon dem h. Hause zu sprechen, nachdem mir leider die Zeit nicht gegönnt war, eingehender in die Materie mich einzulassen und in Folge dessen hier auch sachkundig mich darüber vernehmen zu lassen.

In strategischer Beziehung glaube ich das unterstützen zu können, was von dem Herrn Vorredner ge-

sagt wurde, und ich bin auch der Meinung, daß im Hinblick auf die Bahnen, die, wie ich hoffe, uns in nicht langer Zeit nach Osten hin aufgethan werden können und werden, auch diese Linie von Bedeutung sein wird.

Was mich aber vornehmlich bestimmt hat, das Wort zu ergreifen, ist mehr eine allgemein politische Betrachtung. Der hohe Reichsrath hat erst vor Kurzem einer neuen Bahnbegründung in einem in diesem Reichsrath vertretenen großen Königreiche seine Zustimmung und eine Bewilligung in einem großartigen, der Bedeutung der Sache entsprechenden Maßstabe gewährt. Ich habe auch meinestheils auf das entschiedenste meine Stimme dafür abgegeben, namentlich deshalb, weil wiederholts aus den verschiedensten Bezirken jenes Landes, namentlich mit gemischter Bevölkerung, Deputationen bei mir sich eingefunden hatten und diese übereinstimmend sich dafür verwendeten, daß die Bahn zu Stande gebracht werde, und zwar in der Weise, wie der h. Reichsrath es beschlossen hat. Ich müßte dies als einen sehr erfreulichen Anfang in der Uebereinstimmung zwischen den sich bekämpfenden Nationalitäten begrüßen und ich habe mich deshalb gefreut, daß der Reichsrath in dieser Beziehung sich entgegenkommend gezeigt hat.

Hat man aber damals mit vollen Händen nach der einen Seite hin gegeben, so scheint es mir billig und gerecht, daß nach einer anderen Seite hin auch in gleicher Weise verfahren werde, (Bravo! Bravo!), und, meine hochgeehrten Herren, ich glaube, wir haben einen Anlaß mehr, gerade auf das Land, welches seine Stimme hier erhebt und von uns Hoffnung erwartet, Rücksicht zu nehmen; vergessen wir nicht, daß dieses Land, ehe der Reichsrath wieder zusammengrat, seine Vertretung für den Landtag zwei mal wählte und, obwohl die zweite Wahl des Landtages dessen Zusammensetzung wenig oder gar nicht änderte, doch willig seine Abgeordneten höher absandte und den Weg betrat, den wir allein wünschen müssen, auf den wir bestehen müssen. Seien wir daher gerecht gegen dieses Land, weil wir Ursache haben, gegen dasselbe erkennlich zu sein.

Ich glaube persönlich einen Grund mehr zu haben, in dieser Richtung ein Wort zu sprechen, weil man mich sehr mit Unrecht als einen principiellen Gegner der slavischen Nationalität hinzustellen beliebt hat und fortwährend beliebt, wozu namentlich ein Wort beigetragen hat, das ich nie gesprochen habe, das man aber dennoch wiederholts in den Mund legte, wonach ich nämlich geäußert haben sollte, „man müsse die Slaven an die Wand drücken.“ Nun, meine Herren, obwohl ich weiß, daß alle Dementis da nichts nützen, so ist es mir doch angenehm die Gelegenheit zu ergreifen, um durch ein Votum wenigstens gegen diese Unterstellung zu protestieren, und obwohl ich sehr gut weiß, daß, wenn ich heute hier erkläre, daß ich die Slaven nicht an die Wand drücke, sie mich deshalb noch lange nicht an ihr Herz drücken werden (Heiterkeit), so bin ich doch davon überzeugt, daß, wenn dieses h. Haus einen Beschluss in der von mir gewünschten Weise fäst, eine Scheidewand wenigstens fällt oder zu fallen beginnt, und damit werde ich schon viel für gewonnen halten.

Mir scheint es, meine hochgeehrten Herren, daß je mehr wir fest entschlossen sein müssen, auf dem Boden, auf dem wir stehen, festzuhalten und auszuhalten und diesen Boden um keinen Preis zu verlassen, wir um so mehr Ursache haben, diejenigen, welche noch außerhalb desselben stehen, dahin einzuladen, ihnen den Zugang dazu zu erleichtern. Und dieser Gedanke ist es, der mich bei meiner Abstimmung leitet, und ich kann nur hoffen, daß dieser Gedanke zahlreiche Zustimmungen der Vorlage bringen wird. (Beifall.)

Abg. Lohninger: Er begreife nicht, wie ein Vorredner ihm vorwerfen könne, daß er das Land Krain zu Grunde richten wolle. Er habe ja nur bemerkt, daß es gegenwärtig nicht an der Zeit sei, diese Bahn zu bauen.

Es sei ihm auch vorgeworfen worden, er habe falsche Ziffern gebraucht, um seine Bemerkungen plausibel zu machen, eine solche Unterstellung müsse er entschieden zurückweisen.

Wenn Herr Dr. Toman behauptet habe, die Südbahn sei für das Land nicht von guten Folgen gewesen, so müsse er wohl fragen, ob die Südbahn nicht das werthvollste Product des Landes Krain, die Kohle, zu hohem Werthe gebracht habe, indem sie diese den übrigen Ländern erschloß.

Die Generaldebatte wird geschlossen.

Se. Exc. Handelsminister v. Pleiner: Ich werde den Gegenstand wesentlich vom volkswirtschaftlichen Standpunkt ins Auge fassen und habe mich zunächst gegen das Bedauern von einer Seite des Hauses, daß diese Vorlage schon derzeit eingebracht wurde, zu richten.

Es läßt sich ja nicht leugnen, daß der wesentliche Werth dieser Bahn, der eigentliche Nutzen derselben bedingt ist von ihrer Eigenschaft als Mittelglied zwischen anderen Bahnen, die derzeit noch nicht vollständig zu Stande gebracht sind. Diese Bahnen, deren Einfluß auf die vorliegende Bahn von Wichtigkeit ist, werden aber theils schon gebaut, theils in Angriff genommen. Es ist dies die St. Peter-Fiumaner Bahn und die Bahn Villach-Brixen. Wenn diese beiden Bahnen zu Stande gebracht werden, dann wird eine solche Verbin-

dung hergestellt sein, daß trotz der von mir in ihrer Richtigkeit nicht angefochtenen Berechnungen des Abg. Lohninger dennoch eine viel kürzere Verbindung wird hergestellt sein, denn die Verbindung von Tarvis nach Laibach über St. Peter und Fiume ist kürzer, als wenn dieser Weg über Marburg gemacht wird.

Den bei weitem größten Nutzen aber wird diese Bahn dann gewähren, wenn das Mittelglied Laibach bis Karlstadt ausgebaut sein wird, denn dann wird der Getreidetransport aus dem südlichen Ungarn in der geraden und kürzesten Linie über Karlstadt, Laibach und Villach mit der Fortsetzung Villach-Brixen gesichert sein.

Die Behauptung, daß diese Bahn nur solche Gegend durchziehen wird, welche bisher der Industrie entbehren, ist nicht ganz richtig, denn in Oberkrain sind bereits einige Industrien und zu deren Hebung wird die neue Bahn wesentlich beitragen.

Uebrigens schaffen auch die Bahnen neue Produktionszweige, es werden neue Etablissements entstehen, namentlich in Oberkrain, wo ein sehr günstiges Verhältniß in Betreff des Wasserreichthumes vorwaltet, und ich glaube, es ist Pflicht, gerade solchen Gegend Bahnen zu gewähren, die wegen des Mangels an Communicationsmitteln bisher auch mit ihrer Production zurückbleiben mußten.

Es wurde gesagt, es sei nicht zweckmäßig, jetzt, wo bereits so viele Bahnen gebaut werden, noch mit einer neuen Bahn zu kommen.

Ich glaube, die 13 Meilen dieser Bahnhstrecke werden die Verhältnisse des Zustandekommens der übrigen Bahnen nicht sehr alterieren. Wir haben auch bei den Bahnen in Böhmen solche Bedingungen gestellt, welche es gerade den ärmeren Gegendern möglich machen sollen, ihre Industrie zu heben. Dieselbe Pflicht, glaube ich, ist auch für das Land Krain vorhanden. Das spricht auch dafür, daß die Einbringung dieser Vorlage keine unzeitgemäße war, daß sie neben ihrem unlängst volkswirtschaftlichen Nutzen, den sie in nicht zu langer Zukunft schaffen wird, auch gerecht wird der Verpflichtung der Regierung, mit gleichem Maße und gleicher Unparteilichkeit gegen alle Gegendern des Reiches vorzugehen, und diese Rücksicht bestimmt mich, das h. Haus zu ersuchen, in die Würdigung dieser Vorlage einzugehen. (Beifall.)

Berichterstatter Schlegel nimmt das Schlusswort und bittet insbesondere das Haus, die vom Ausschusse beantragte höhere Ziffer des Anlagecapitals anzunehmen, da sonst der Bau der Bahn unmöglich würde. (Bravo!)

Präsident: Bevor wir zur Specialdebatte übergehen, ertheile ich dem Herrn Finanzminister das Wort und bitte um Entschuldigung, daß ich die Verhandlung auf kurze Zeit unterbreche, weil der Minister eine Mittheilung zu machen hat.

Se. Exc. Finanzminister Dr. Breitstel: Ich habe die Ehre dem hohen Hause zur Kenntnis zu bringen, daß Se. Majestät mit Allerh. Entschließung vom heutigen Tage die beiden Gesetze über die Gebahrung und Controle der consolidirten Staatsschuld und der nicht gemeinsamen schwedenden Schuld, und das Gesetz über die Gebahrung und Controle der gemeinsamen schwedenden Schuld allernächst zu genehmigen geruhen, und ich würde das h. Haus bitten, die Wahl der Mitglieder der Controlecommission auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu setzen.

Es wird hierauf zur Specialdebatte über das in Verhandlung stehende Gesetz geschritten.

Zu Art. 1 beantragt

Abg. Lohninger, die Garantieziffer des Anlagecapitals von 1,200.000 fl. per Meile, wie sie vom Ausschusse beantragt ist, auf 1 Million Gulden herabzusetzen. (Nicht unterstützt.)

Abg. Dr. Stamm (der sich unterdessen zum Worte gemeldet hat):

Nachdem der Antrag keine Unterstützung gefunden hat, verzichte ich auf das Wort.

Se. Exc. Handelsminister Edler v. Pleiner: Ich glaube, es liegt mir doch die Pflicht ob, den Ansatz der Regierung vorgebracht worden, daß die umständliche, genaue und sachrichtige Berechnung, die von Seite des Berichterstatters gemacht wurde, zu einer weit höheren Ziffer führt und das Resultat hat, daß mit dem Ansatz der Regierung das Auslangen nicht gefunden werden könnte.

Es hat keine Richtigkeit, daß die Berechnungen allerdings zu einem höheren Resultate führen, als der Ansatz der Regierung gewesen ist.

Allein ich erinnere das h. Haus überhaupt an das Verfahren in Betreff der Sicherstellung der Garantieziffer.

Es liegen uns bei mehreren Bahnen geprüfte Voranschläge, Richtigstellung der technischen landesfürstlichen Behörden und Organe vor, und im Wege der weiteren Verhandlungen sowohl in dem Ausschusse, als im Hause ist man auf die niedrigere Ziffer gekommen, die mit den Resultaten der ziffermäßigen Berechnung nicht vollkommen übereinstimmt. Es zeigte sich, daß bei vielen Bahnen zuerst höhere Anforderungen gemacht wurden und dann doch mit niedrigeren Summen die Bahnen gebaut werden konnten.

Ein Punkt ist es aber wesentlich, den der Berichterstatter hervorgehoben hat, es ist dies nämlich die 70perc. Geldbeschaffung.

Ich bitte, sich zu erinnern, daß wir bei der böhmischen und österreichischen Nordwestbahn stets einen 70perc. Emissionscours zu Grunde legten, und es dürfte daher nicht angezeigt sein, hier tiefer zu gehen.

Denn die geringe Verfügbarkeit von Capitalien im Lande Krain ist wohl im allgemeinen für das Zustandekommen der Bahnen nicht maßgebend, denn es wurden niemals blos die Capitalien jener Landesstriche, durch die die Trace einer Bahn gezogen werden soll, zum Baue derselben herangezogen, sondern immer sind es auch die auswärtigen Capitalien, und es wird sich daher der Geldmarkt bei dem Baue dieser Bahn und der böhmischen Bahn ziemlich gleich stehen. Es ist daher kein Grund zur Annahme eines ungünstigen Emissionscurses vorhanden, und dies sowohl wie die Rücksicht auf die Finanzen des Staates bestimmte die Regierung sich auf den Betrag von 985.000 fl. zu beschränken, welcher auch bei der Bewilligung für die österreichische Nordwestbahn zu Grunde gelegt wurde.

Berichterstatter Schlegel vertheidigt die vom Ausschusse beantragte höhere Ziffer.

Bei der Abstimmung wird der Ausschusstantrag angenommen. (Bravo! Bravo! im rechten Centrum).

Berichterstatter Schlegel: Nachdem die folgenden Artikel denselben Wortlaut enthalten, wie das letzte Concessionsgesetz für die österreichische Nordwestbahn, beantrage ich die en bloc-Annahme derselben.

Dieser Antrag wird angenommen und das Gesetz sodann in dritter Lesung zum Beschlusse erhoben.

Zu der vom Ausschusse beantragten Resolution, lautend:

Die h. Regierung wird aufgefordert, die Fortsetzung und Ausführung der Rudolphsbahn von Villach bis Tarvis zu betreiben, um mit der Laibach-Tarvis-Bahn gleichzeitig in Betrieb zu kommen,

bemerkte

Abg. Ritter v. Scrinzi: Indem ich die Nothwendigkeit anerkenne, daß auch die Strecke Tarvis-Villach

in Angriff genommen werde, um den Betrieb der ganzen Linie zu gestalten, so will ich doch aufmerksam machen, daß nach dem Concessionsgesetz der Rudolphsbahn die definitive Verleihung der Strecke nicht eine theilweise sein dürfe, sondern daß die Strecke ganz von Villach bis an das Meer geleitet werden sollte.

Ich will auf diesen Umstand die Regierung aufmerksam machen, damit sie beim Zustandekommen der Strecke Tarvis-Laibach auch die weitere Strecke nicht außer Augen lasse.

Abg. Dr. Hanisch: Für den Fall, daß die Bemerkung des Vorredners dahin führen sollte, diese Resolution nicht anzunehmen, was ich wohl nicht glaube, so muß ich die Gegenbemerkung machen, daß die Concession der Kronprinz-Rudolfs-Bahn unter diejenigen gehört, deren Indemnität noch das h. Haus werde beschließen müssen, und daß daher, wenn auch in irgend einer Richtung präjudicirt würde, eben der noch nicht gegebenen Indemnität präjudicirt würde, und daß ein solcher Beschluß der Concession der Rudolfs-Bahn eingefügt werden könnte.

Die vom Ausschusse beantragte Resolution wird hierauf angenommen. Hiemit sind auch die auf diesen Gegenstand sich beziehenden Petitionen erledigt und werden dieselben dem Ausschusstantrag gemäß an das Handelsministerium geleitet.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Petitionen um Herstellung einer Eisenbahn zwischen Villach, Görz und Triest mit Anschluß an die Rudolfs-Bahn, dann über Petitionen um Concessionirung einer Eisenbahn von Villach über Ponteba nach Udine, endlich über Petitionen um Verbindung von Cervignano mit der letzteren Linie.

Abg. Conti erstattet den Bericht und beantragt Namens des Ausschusses:

Das h. Haus wolle beschließen:

Es seien obgedachte Petitionen der Regierung mit der Aufforderung abzutreten, so bald es thunlich eine Gesetzesvorlage im Sinne der allerhöchsten Resolution vom 7. Februar 1. J., womit mit Vorbehalt einer seitlichen Verbindung mit Italien von Seite der kaiserlichen Regierung die Verbindung der in Villach zusammentreffenden Bahnlinien mit Triest zunächst durchgehends nur auf österreichischem Gebiete angestrebt werden solle, zur verfassungsmäßigen Behandlung einzubringen.

Abg. Jezernigg: Wenn ich in dieser Angelegenheit das Wort ergreife, so geschieht es insbesondere deshalb, weil mir die Terrainverhältnisse der Gegend, welche diese Bahnen durchziehen sollen, sowie die handelspolitischen Verhältnisse aus eigener Aufschauung genau bekannt sind. Es ist Pflicht der Vertretung, Communicationsmittel zu schaffen, damit die Industrie die Konkurrenz mit dem Auslande bestehen könne. Durch den Bau der Brenner-Bahn betrifft die süddeutsche Industrie den Boden Italiens, und da erwächst eine mächtige Konkurrenz, weil die süddeutsche Industrie eine kürzere Linie nach Italien hat. Denn Wien ist von Verona 116, Nürnberg blos 100 Meilen entfernt.

Wenn Sie ferner in Erwägung ziehen, daß es nicht lange mehr dauern wird, bis der Mont Cenis in Italien durchbohrt sein wird, wodurch auch der französischen Industrie die Konkurrenz auf dem Boden Ober-Italiens geboten sein wird, so dürfte es an der Zeit sein, für den österreichischen Handel alles anzustreben, um ihn dorthin zu leiten, wo er sich seit Jahrhunderten einen Platz verschafft hat. Denn es ist nicht blos Aufgabe der Volksvertretung, der Industrie Absatzorte zu verschaffen, es wäre geradezu unverantwortlich, sie ihre alten Absatzorte verlieren zu lassen. (Bravo! links.)

Die Regierung hat die Frage im Jahre 1865 energisch in die Hand genommen, eine Commission einzuberufen und es wurde viel darüber debattiert, ob man die Linie Tarvis-Predil-Görz-Udine oder die Linie Ponteba-Udine wählen soll.

Im Jahre 1865 wurde die Entscheidung von Seite der Experten zu Gunsten der letztern Linie getroffen. Seit dieser Zeit sind wir im Süden von dem Nachbarlande getrennt worden, aber nur politisch, denn Industrie und Handel kennen nur eine Grenze, nämlich die Zollgrenze. Es tritt nun an uns die Frage heran: soll der Staat bauen? Ich glaube, diese Frage muß jedermann ja beantworten.

Wenn sie diesen kleinen Provinzen in den Alpenländern, welche eine thätige, industriereiche Bevölkerung haben, nicht einen Absatz verschaffen, so werden Sie aus einer bisher activen, steuerfähigen eine verarmte, passive Bevölkerung machen.

Über die Frage, ob Ponteba, ob Predil, trage ich mich nicht direct zu entscheiden; es ist darüber so viel debattiert und petitionirt worden, der Regierung muß in dieser Frage ein so reiches Material vorliegen, sie war insbesondere in der neuen Zeit so außerordentlich thätig und fleißig in dem Studium dieser Frage, daß ich glaube, die Regierung kann uns eine entsprechende Vorlage bringen. Ich finde mich nicht berufen, dem Ausschusstantrag beizustimmen, sondern möchte dem h. Hause folgenden Antrag vorlegen:

Es seien alle betreffenden Petitionen der h. Regierung mit der Aufforderung abzutreten, so bald als möglich zur verfassungsmäßigen Verhandlung eine Gesetzesvorlage einzubringen, durch welche die Weiterführung der in Villach zusammentreffenden Bahnlinien nach Ober-Italien und an das Adriatische Meer in kürzester Zeit in jenen Richtungen zu Stande gebracht werden soll, welche den Interessen der Industrie und des Handels in Österreich am meisten entsprechen.

Dieser Antrag wird zahlreich unterstützt.

Berichterstatter v. Conti bemerkte in seinem Schlusssworte, daß er sich dem Antrage des Abg. Jezernigg anschließen würde, wenn Benedig noch jetzt österreichisch wäre.

Redner verliest einen Artikel aus der „Gazzetta di Venezia“ vom Jahre 1857, aus welchem hervorgeht, welches Gewicht Italien darauf legt, daß die Rudolphsbahn über Ponteba nach Ober-Italien verlängert und daß die in Villach zusammentreffenden Bahnlinien nicht den Isonzo entlang nach Triest geführt werden.

Redner schließt mit den Worten:

Führen Sie die Bahn nicht auf österreichischem Gebiete, sondern über Ponteba, so wird Triest zuschaffen müssen, wie Benedig mit unserem Gelde reich wird.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Jezernigg angenommen, wodurch der Ausschusstantrag als abgelehnt erscheint.

Die Tagesordnung ist erschöpft.  
Die Sitzung wird hierauf um 2 Uhr 20 Min. geschlossen.

Nächste Sitzung Freitag.

Tagesordnung: 1. Mündlicher Bericht des Budgetausschusses über das Capitel des Staatsvoranschlags „Staatschuld“ und die Nachtragsreditsforderungen des Ministeriums des Innern zur Errichtung von Hornviehcontumazanstalten. In Verbindung hiemit Berathung über das Finanzgesetz pro 1868.

2. Wahl von 4 Mitgliedern und 2 Ersatzmännern in die Staatschuldencontrollecommission.

3. Bericht des Finanzausschusses in Bezug auf die provisorische Abänderung der Statuten der Nationalbank.

4. Bericht über den bairisch-österreichischen Vertrag in Bezug auf den Anschluß der Gemeinde Jungholz an das bairische Zoll- und Steuersystem.

5. Bericht über die vom Herrenhause an dem Gesetz über die Freigabe der Advocatur beschlossenen Änderungen.

6. Bericht in Betreff des Uebereinkommens mit dem ungarischen Finanzminister über die Stempelgebühren und Taxen.

Leibgarde Graf Haller, der Generaladjutant General Graf Bellegarde, der Reichskanzler Freiherr von Beust, der commandirende General F. M. v. Hartung, F. M. Freiherr v. Baltin, Viceadmiral v. Tegetthoff, der Präsident des Obersten Gerichtshofes v. Schmerling, der Präsident des Obersten Rechnungshofes Graf Mercandin, der Statthalter Graf Chorinsky und geheimer Rath Graf Rudolf Wrba jun. geladen.

— 10. Juni. (Das ökumenische Concil, von dem schon seit lange die Rede ist, soll, wie es gegenwärtig heißt, für den 8. September 1869 nach Rom berufen werden. Die Einberufungs-Bulle wird, wie verlautet, den Bischöfen der griechischen und anglikanischen Kirche bemerken, daß auch ihnen die Pforten des Concils nicht verschlossen sein sollen, falls sie ihre Rezession aufgeben und wieder zur römisch-katholischen Kirche zurückkehren wollen.

## Ausland.

Berlin, 9. Juni. (Dementi.) Die von der Prager „Politik“ gebrachte telegraphische Nachricht, daß die preußische Regierung 55 Landwehrbataillone und 211 Landwehrscadrons behufs Verstärkung der Besetzungen an den Rhein-Grenzen in den Elbe-Herzogthümern und in Hannover einberuft, ist vollkommen eine Fabel.

— 9. Juni. (Reichstagssitzung.) Der Telegraphenvertrag mit Luxemburg wurde angenommen und sodann die Berathung über das Budget fortgesetzt. Die fortlaufenden Ausgaben sämtlicher Staats wurden genehmigt, ausgenommen des Marineetats, dessen Berathung vertagt wurde, da derselbe, um größere Mittel flüssig zu machen, umgearbeitet werden soll. Die Anträge wegen Unterstützung des germanischen Museums zu Nürnberg, so wie der Antrag Friedenthal's wegen Errichtung eines Bundesconsulats in Pest wurden nach warmer Befürwortung des Antragstellers unter Beistimmung des Bundescommissärs genehmigt; ebenso wurden die außerordentlichen Ausgaben so wie die Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern genehmigt.

Florenz, 8. Juni. (Die Deputirten kammer) nahm den Artikel 1 des Einkommensteuergesetzes an; derselbe setzt einen Zuschlag von einem Zehntel zu der Grundsteuer für die Jahre 1869 und 1870 fest. Artikel 2, betreffend die Erhöhung der Steuer auf das bewegliche Vermögen um ein Zehntel, wurde angenommen. Sodann begann die Debatte über den Antrag des Finanzministers auf Steuerfreiheit der im Auslande befindlichen auf Namen lautenden Rententitel.

## Tagesneuigkeiten.

— Se. Majestät der Kaiser haben der römisch-katholischen Gemeinde zu Boed 200 fl. zum Baue ihres Schulhauses allernädigst zu spenden geruht.

— Se. Majestät der Kaiser haben den durch Haßtag verunglückten Bewohnern von Weihaujezd 1000 fl. und den durch eine Feuerbrunst verunglückten Bewohnern des Städtchens Minichowit (beide in Böhmen) 200 fl. zur Unterstützung allernädigst zu bewilligen geruht. — Se. Majestät der Kaiser haben der reformirten Gemeinde in Duna-Almas zu kirchlichen und Schulzwecken 400 fl. allernädigst zu bewilligen geruht.

— (Sanctionierte Gesetze.) Die „Wr. Btg.“ vom 11. d. M. publicirt das Gesetz über die Gebährung und Controle der gemeinsamen schwedenden Schuld, sowie das Gesetz über die Gebährung und Controle der consolidirten Staatschuld und der nicht gemeinsamen schwedenden Schuld.

— (Für das Maximilian-Denkmal.) Wie der „Diav.“ vernimmt, bot die Kaiserin Charlotte für das in Triest zu errichtende Maximilian-Denkmal 10.000 fl., der König der Belgier 2000 fl. und der Graf von Altenburg 1000 fl. gewidmet.

— (Turnerische Gesetze.) Der Vorortausschuß der beiden Wiener Turnvereine für den Gauverbund der Tuendorf-Niederösterreichs, Linz und Enns gibt in einem Artikel „An die Turnvereine Deutsch-Oesterreichs“ in Nr. 23 der „Deutschen Turnzeitung“ den Vereinen bekannt, daß er die Statuten eines Kreisverbandes der Turnvereine Deutsch-Oesterreichs über Auftrag des Gauturntages und mit eingesetzter Zustimmung der Turnvereine in den Provinzialhauptstädten dem k. k. Ministerium des Innern vorgelegt und dieses laut Erlaß der niederösterreichischen Statthalterei vom 31. März d. J. von der Bildung des Kreisverbands Kenntnis genommen habe. Er lädt zugleich zu dem am 2. August d. J. in Wien stattfindenden „Ersten Kreisturntage der Turnvereine Deutsch-Oesterreichs“ ein.

— (Hermannsdenkmal im Teutoburger Walde.) Wie wir einem Privatbriefe entnehmen, soll das schon viele Jahre der Vollendung harrende Denkmal Armin's, des Cheruskers, welcher im Jahre 9 v. Chr. die Abamer im Teutoburger Walde schlug, in diesem Jahre vollendet werden. Dasselbe wird auf dem Hermannsberge bei Detmold in folgendem Maßstabe ausgeführt. Der Sandstein-Unterbau, welcher schon mehrere Jahre steht und in dem man sich auf bequemen Wendeltreppen nach dem Plateau, auf welchem das Standbild Armin's zu stehen kommt, begeben kann, hat eine Höhe von 33½ Fuß; das in Kupfer getriebene, im Museum zu Detmold sich befindende, seiner

## Oesterreich.

Wien, 10. Juni. Zu dem am Dienstag in Schönbrunn bei Sr. Majestät dem Kaiser stattgefundenen Diner waren Se. kais. Hoheit der Prinz Napoleon mit Gefolge, Ihre kais. Hoheiten die durchlauchtigsten Herren Erzherzoge Rainer und Leopold, der Herzog von Gramont, der königl. italienische Gesandte Marquis Pepoli mit dem Gesandtschaftspersonale, der erste Obersthofmeister Fürst Hohenlohe, der Obersthofmeister G. d. C. Graf Grünne, der Capitän der ungarischen adeligen

Ausstellung habende Standbild mißt: KörpergröÙe 52 Fuß, mit Platte und Helm schmuck 60 Fuß, bis zur Schwertspitze 90 Fuß. — Bisher mangelte es an dem Gelde, um dieses Riesendenkmal zu vollenden; denn die Aufstellungskosten sind auf 36.000 Thaler veranschlagt worden.

## Locales.

— Ihre Majestät die Kaiserin Elisabeth haben dem Elisabeth-Kinderhospitale in Laibach eine Unterstήung von Einhundert Gulden österr. Währ. huldvollst zu spenden geruht.

— (Kunstvereins-Verlosung.) Morgen 12 Uhr Mittags findet in den oberen Casino-Localitäten die Siebung der Gewinne statt (eine Landschaft Kirchner's in München und 3 Kunstvereinsblätter). Es sind noch Lose das Stück zu 30 kr., 4 Stück 1 fl. bei Herrn Josef Karinger zu haben.

— (Antike Funde.) Bei dem vom Herrn Verzehrungssteuer-Director Tautscher vor kurzem begonnenen Hausbau an der Wienerstraße wurden bereits mehrfach der römischen Zeit angehörige Funde gemacht. Bekanntlich war hier der Begräbnisplatz des alten Aemona. Man sieht beim Graben auf 2 Särge aus Granit, der eine rund, der andere vierseitig, ohne Inschrift, in welchen sich Aschenurnen und Thränensäckchen befanden. Auch römische Münzen wurden gefunden. Außerdem fand man aber auch, kaum einen Schuh tief, eine Masse von Menschenknochen, darunter einen Schädel mit vollkommen erhaltenem Gebiß. Die antiken Gegenstände werden durch die Geselligkeit des Herrn Tautscher an das hiesige Landesmuseum abgeliefert werden.

— (Berichtigung) zu dem Artikel „Laibach-Villacher Eisenbahn“ in Nr. 123 dieses Blattes. Die in demselben in Rede stehende Wegabkürzung beträgt, da diese Bahn über Tarvis ziehen soll, nicht circa 10, sondern nur circa 5 Meilen.

— Aus Tschernebni, 11. d. M. wird uns in Betreff des baufälligen Thurmes der Stadtpfarrkirche, von welchem wiederholt in unseren Tschernebni Correspodenzien die Rede war, mitgetheilt, daß von Seite der Patronatsverwaltung, Deutsch-Ritterordens-Commenda Möttling, die Baufälligkeit bereits am 26. Juli 1864 dem l. l. Bezirksamte in Tschernebni zur Kenntniß gebracht, und von diesem sofort die technische Erhebung veranlaßt wurde, welche am 3. October 1864 durch das Rudolfswerther l. l. Bezirksbauamt erfolgte. Seitdem sei aus unbekannten Gründen, ungeachtet mehrfacher Betreibungen, nichts weiter geschehen. Man hofft, daß die biezu berufene Behörde ihr Augenmerk dem gefahrdrohenden Zustande dieses Bauwerkes zuwenden und schleunig das geeignete zur Abhilfe versügen werde.

— In den Ortschaften Leibsdorf und Pockersdorf, Bezirk Umgebung Klagenfurt, ist unter den Kindern der Milzbrand ausgebrochen, welche Krankheit größere Dimensionen anzunehmen droht. Bereits mußten 9 Stücke abgeschlachtet werden, bei welchen obige Krankheit constatirt worden ist. Auch unter den Schweinen soll in den genannten Ortschaften sich eine sachenartige Krankheit zeigen.

## 7. Jahresversammlung des südösterreichischen Zweiges der Gustav-Adolf-Stiftung.

Am 11. d. M. hatte die hiesige evangelische Gemeinde einen festlichen Tag, indem die 7. Jahresversammlung des südösterreichischen Zweigvereins der Gustav-Adolf-Stiftung hier abgehalten wurde. Am Mittwoch-Abends bereits versammelten sich die Abgeordneten im Schullokal zu einer Vorbesprechung über die Ausführung des Programms.

Der Gottesdienst am Festtag begann wie üblich um 10 Uhr Vormittags und wurde die Gemeinde sowohl durch die Predigt des Herrn Pfarrers Schwarz von Görz, wie auch durch zwei von Mitgliedern der philharmonischen Gesellschaft zu Beginn und Ende des Gottesdienstes gesungene Chöre lebhaft angeregt und erbaut.

Bei den nach einer kurzen Pause eröffneten Verhandlungen fand unter Vorsitz des Obmanns Herrn Pfarrers Dr. Buschbeck aus Triest zunächst die Vorstellung der 12 Abgeordneten von Triest, Görz, Pola, Marburg, Cilli und Laibach statt (Fiume war nicht vertreten); darauf vernahm die Versammlung den Jahres- und Cassabericht.

Die diesjährige Sammlung des Zweigvereins beträgt 1470 fl., von welchen das Drittel mit 470 fl. statutgemäß von der Versammlung direct verwendet wird und zwei Drittel an den Hauptverein nach Wien abzuliefern sind.

Von den 18 Unterstützungsgezügen, die bei der Direction eingelaufen sind, konnte nur ein Theil berücksichtigt werden, andere wurden zur Unterstützung an den Hauptverein empfohlen. Direct unterstützt wurden Laibach und Pola mit je 100 fl., Wien, Plasgow, Neu-Sandez, Schladming, Gundersheim mit je 50 fl. Eine besondere Liebesgabe von 50 fl., welche von Vereinsmitgliedern noch gespendet wurde, bestimmte die Versammlung für das zu gründende czechische Schullehrerseminar in Czastau, wobei der Obmann besonders noch betonte, daß der Gustav-Adolf-Verein stets gezeigt habe, wie er über alle Schranken der Nationalität erhaben ist.

Die am Schluss erhobene Collecte ergab 56 fl., welche mit den noch übrigen 20 fl. an die Gemeinde Nasswald überwiesen wurden.

Für die in Klagenfurt demnächst abzuhaltende Versammlung des österreichischen Hauptvereins wurden als Abgeordnete von der Versammlung gewählt die Herren Curator Stettner von Triest und Pfarrer Schroll von Marburg.

Nach Beendigung der Verhandlung vereinigten sich die Gäste und ein großer Theil der Gemeindeglieder im Fischer'schen Saale zum Festmahl, welches in ungetrübter Heiterkeit und mit der brüderlichen Herzlichkeit abgehalten wurde, welche die Wanderversammlungen des Vereins stets auszeichnete.

## Correspondenz.

\* Rudolfswerth, 11. Juni. Die ungünstige Witterung der letzten Tage, beraubte uns heute des festlichen Umganges der Frohnleichnam-procession und es konnte die Feierlichkeit nur in der Kirche abgehalten werden.

In der Umgegend von Höningstein und Treffen soll sich dem Gesichte zufolge eine bewaffnete Bande von Räubern aufhalten, welche von einigen auf 12—15 von andern bis auf 40 Mann geschäft wurde. — Es haben sich in dortiger Gegend auch einige Fälle von Diebstählen ereignet, dennoch scheint die Geschichte von den Räubern eine Fabel zu sein. — Wie beinahe mit Gewissheit zu vermuten ist, sind es 5—6 bosnische Varentreiber, welche vor einigen Tagen hier mit ihren vierfüßigen Künstlern durchzogen und diese in dem Walde dort sätteln, — sich selbst aber durch Stehlen ihres Lebensunterhalt verschaffen; — deren martialisches Aussehen, die rothen Kappen &c. mögen das ihrige beigebracht haben, sie in den Augen von Furchtsamen zu Räubern zu stampeln.

Durch die l. l. Gendarmerie wurden zwei Individuum aufgegriffen, welche mit falschen Urkunden reisten, es stellte sich heraus, daß der eine ein preußischer Deserteur ist und diese Reisedocumete für sich und seinen Reisegefährten, einen aus Varasdin gebürtigen, arbeitschauen Burschen, selbst verzerrigt hat. Beide wurden dem Gerichte übergeben.

## Neueste Post.

Wien, 12. Juni. (Unterhaus-Sitzung.) [Dr. Ztg.] Der Finanzminister legt die Gesetzentwürfe über Erhöhung der directen Steuern, Abänderung der Gesetze über die Branntwein-, Bier- und Zuckersteuerung, über Ausgabe neuer Schuldtitel für die von der Convertirung ausgeschlossenen Staatseffekten in Ausführung der ungar. Ausgleichsbestimmungen vor. Bei Begründung der Vorlagen beziffert er das höhere Erträgnis der directen Steuern mit 7—8 Mill. Die Vorlage der Luxussteuer wird wegen der Kürze der Sessionsdauer zur Unmöglichkeit und reißlicher Überlegung von Seite der Regierung vorbehalten. Das Unterhaus nahm sodann bei der Staatsvoranschlags-Berathung die vertragten Capitel: „Staatschuld“, „Nachtragsreditsförderung“ des Minister des Innern, sodann das ganze Finanzgesetz für 1868 mit dem Gesamt-Erforderniß von 320,230.526 fl. an.

Belgrad, 11. Juni. Die ganze Nacht hindurch durchzogen starke Patrouillen die Straßen; die Ruhe wurde nirgends gestört. Heute Morgens wurde das Militär consignirt und das Publicum bei Trommelschlag vor Zusammenrottungen gewarnt. Eine soeben erschienene Proclamation der gesetzmäßig gebildeten interimistischen Statthalterschaft, bestehend aus dem Senatspräsidenten Marinovic, Justizminister Leščanin und Cassationspräsidenten Petrovic, theilt dem Volke die Trauerfunde mit, ermahnt es, die öffentliche Ruhe, gesetzliche Ordnung und allgemeine Sicherheit zu wahren, und verkündet, daß die Skupschtina gesetzmäßig in einem Monate zusammenberufen wird, um über die Besetzung des frustlichen Thrones zu entscheiden.

Belgrad, 11. Juni, 2 Uhr Nachmittags. Die Mörder des Fürsten sind Radovanovic mit seinen zwei Söhnen; der Vater und ein Sohn wurden eingebrochen. Die bisher gepflogene Untersuchung scheint darauf hinzudeuten, daß man es vorliegenden Falles mit keinem politischen Mord, sondern einem Acte der Rache zu thun habe.

Belgrad, 11. Juni. Die Proclamation der interimistischen Statthalterschaft lautet:

„Durch ein schreckliches und abscheuliches Verbrechen wurde Serbien heute seines Herrschers beraubt. Indem wir den ungeheueren Verlust, welchen Serbien jetzt erlitt, der gerechten Erkenntniß aller unserer Wiltbürger zu schägen überlassen, erfüllen wir eine traurige Pflicht, wenn wir auf Grund der Landesgesetze die Gewalt einer frustlichen Statthalterschaft in unsere Hand nehmen und hievon alle Behörden und die ganze Nation in Kenntniß setzen.“

„Das erste Bedürfnis des Landes im gegenwärtigen schweren Augenblick ist es, die öffentliche Ordnung und die allgemeine Sicherheit zu erhalten; das Volk aber wird gesetzmäßig berufen werden, eine Skupschtina zu wählen, welche ihren Besluß in Betreff der Besetzung des Thrones zu fassen haben wird.“

„Im Namen der höchsten Gewalt, die wir augenblicklich ausüben, und im Namen der heiligsten Interessen des Volkes, befehlen wir auf das ernstlichste allen Behörden und rathein eindringlichst dem ganzen Volke, daß es fortfaire, die Ordnung und die Achtung vor den Gesetzen zu erhalten und mehr als je sich alles dessen enthalte, was die Ordnung und Sicherheit fören könnte.“

„Es ist genug des Unglücks und der Trauer, daß es der höllischen Schlechtigkeit gelang, an der Person unseres allgemein geliebten Fürsten die abscheulichsten Vorhaben auszuführen! Möge wenigstens das Volk, so lange die Skupschtina nicht einen neuen Herrscher

wählte, durch seine Klugheit den guten Ruf erhalten, den Serbien in Europa genießt.“

„Wir geben nun hiemit dem Volke bekannt, daß die Skupschtina in dreißig Tagen conform den Gesetzen zusammentreten wird, und seien es zugleich in Kenntniß, daß die Minister, der Senat und alle Behörden und Beamten die ihnen vom seligen Fürsten verliehenen Aemter fortführen werden.“

„Unsre heilige Aufgabe ist es, daß wir bis zum Zusammentritte der Skupschtina jenen Zustand erhalten, den der große Patriot Michael Obrenovics hinterließ.“

„Möge Gott in diesen schweren Stunden der harren Prüfung über unsern Vaterland wachen!“

Belgrad, 11. Juni, 3 Uhr Nachmittags. Im ganzen Lande wurde der Kriegszustand proclamirt und das ganze Militär auf den Kriegsfuß gesetzt. Ferner wurde eine sechsmonatliche Landesträuber angeordnet. Es haben noch weitere Verhaftungen stattgefunden.

Belgrad, 12. Juni. (Dr. Ztg.) Das Leichenbegängnis der Cousine des Fürsten fand gestern unter großer Theilnahme statt. Garaschanins rechter Arm wurde amputirt. Der Fürstenmörder wurde eruiert, die Untersuchung wird fortgesetzt, weitere Verhaftungen werden vorgenommen. Die Ruhe ist ungestört. Das Landvolk liefert verdächtige Persönlichkeiten ein. Zwischen den Vertretern der fremden Mächte und der Regierung finden häufige Conferenzen statt. Der schrecklich verstümmelte Leichnam des Fürsten wird einbalsamiert, übermorgen oder Montag erfolgt die Bestattung.

## Telegraphische Wechselcourse.

vom 12. Juni.

Spec. Metalliques 57.80. — Spec. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 58.50. — Spec. National-Ausehen 63.60. — 1860er Staatsanlehen 83.20. — Banlactien 707. — Creditactien 186.80. — London 116.25. — Silber 113.65. — R. l. Ducaten 5.54.

## Handel und Volkswirthschaftliches.

Der neue Zollvertrag mit dem Zollverein ist im Reichsgesetzblatte sammt dem Schluzprotoll, dem Zollartell und den zugehörigen Tarifen veröffentlicht. Der Vertrag ist abgeschlossen am 9. März d. J. in Berlin, der Austausch der beiderseitigen Ratifikationen erfolgte am 30. Mai in Berlin. Er ist mit 1. Juni 1868 in Kraft und an die Stelle des Handels- und Zollvertrages vom 11. April 1865 getreten. Er soll bis zum 31. December 1877 in Kraft bleiben. Im Falle keiner der vertragenden Theile zwölf Monate vor diesem Tage seine Absicht, die Wirkungen des Vertrags aufzören zu lassen, kundgegeben haben sollte, bleibt derselbe in Geltung bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage ab, an welchem der eine oder der andere der vertragenden Theile denselben gekündigt hat.

Odessa, 26. Mai. Neulich sind, wie die „Russ. Corr.“ mittheilt, mehrere Partien Molla-Kaffee direct durch den Suezcanal in Odessa eingetroffen. Dies ist der erste Versuch eines directen Verkehrs zwischen Arabien und Odessa.

Krainburg, 8. Juni. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 40 Wagen mit Getreide und 18 Wagen mit Holz. Durchschnitts-Preise.

	fl. tr.		fl. tr.
Weizen pr. Mehren	6 20	Butter pr. Pfund.	— 34
Korn	4 —	Eier pr. Stück.	— 1
Gerste	— —	Milch pr. Maß.	— 10
Hafer	2 40	Rindfleisch pr. Pf. d.	— 19
Halsfrucht	— —	Kalbfleisch	— 20
Heiden	3 70	Schweinefleisch	— 20
Hirse	3 —	Schopfenfleisch	— —
Äukurutz	3 65	Hähnchen pr. Stück	— 24
Crdäpfel	1 45	Tauben	— 10
Linsen	— —	Herr pr. Bentuer.	— —
Erben pr. Maß	— 20	Stroh	— —
Risolen pr. Mehren	4 48	Holz, hartes, pr. Kist	5 —
Rindfleisch pr. Pf. d.	— 44	— weiches,	3 80
Schweinfleisch	— 40	Wein, rother, pr. Eimer	6 —
Speck, frisch,	— 38	— weißer	— —
Speck, geräuchert, Pf. d.	— 42		

## Verstorbene.

Den 4. Juni i. Theresia Osredter, Magd., alt 27 Jahre, im Civilspital an der Lungenerkrankung.

Den 5. Juni i. Johann Mavc, Inwohner, alt 55 Jahre, im Civilspital an der Lungenerkrankung. — Dem Josef Peterca, Taglöhner, sein Sohn Franz, alt 22 Jahre, in der Gradishavorstadt Nr. 15, an der Herzkrankung. — Dem Herrn Johann Nehereschitz, l. l. Finanzwach-Oberaufseher, sein Kind Maria, alt 2½ Jahre, in der Stadt Nr. 176, an der Herzbeutelentzündung.

Den 6. Juni i. Herr Mathäus Koncar, Bütchenschmied, alt 46 Jahre, in der Gradishavorstadt Nr. 6, und Gregor Kotter, Schneidergeselle, alt 19 Jahre, in der St. Petersvorstadt Nr. 24, beide an der Lungenerkrankung.

Den 7. Juni i. Mariana Ratoscha, Inwohnerin, alt 60 Jahre, in der Gradishavorstadt Nr. 6 und Gregor Kotter, Schneidergeselle, alt 19 Jahre, in der St. Petersvorstadt Nr. 24, beide an der Lungenerkrankung.

Den 8. Juni i. Tacilia Constantin, Diurnistenswitwe, alt 58 Jahre, im Civilspital an der Lungentuberkulose.

Den 10. Juni i. Dem wohlgeborenen Herrn Carl Raab v. Rabenau, l. l. Landesgerichtsrath, sein Sohn Guido, alt 13 Jahre, in der Stadt Nr. 35, am Brustfeier. — Maria Oblak, Magd., alt 19 Jahre, im Civilspital an der allgemeinen Wassersucht.

## Angelommene Fremde.

Am 10. Juni.

Stadt Wien. Die Herren: Sajović, Notar, von Cilli. — Lanzer, Kaufm., von Wien. — Rettig, l. l. Beamter, von Oberlaibach. — Pirz, Doctor der Medicin, von Neumarkt. — Bretnar, Liebenberg, Marcin, Stettner, Großhändler, und Schloß, Werlmeister, von Triest. — Ritter, von Görz.

Gerauf. Die Herren: Bitterei, l. l. Oberlt., von Lemberg. — Schwader, Kaufm., von Gottschee. — Ritter, Kaufm., von Marburg. — Küzi, Maschinen-Inspektor, von Pola. — Polak, Handelsagent, von Rudolfswerth. — Polak, Kaufm., und Hunnel, l. l. Oberlt., von Triest. — Bullin, Kaufm., von Cilli.

Berantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmayer.

